

Presseinformation

Frankfurt, 26. Juni 2019

DGB und Handwerkskammern im Austausch Berufliche Bildung im Fokus

Im Mittelpunkt des Gesprächs von Vertretern des DGB Hessen-Thüringen und der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern (ARGE) stand die Situation der beruflichen Bildung in Hessen.

Zu wenig finanzielle Ressourcen, zu wenig Verbesserungen, zu wenig Aufmerksamkeit. Berufliche Bildung muss wieder mehr in den Fokus junger Menschen gerückt werden. Während die Universitäten mit umfangreichen Investitionsprogrammen ausgebaut und modernisiert werden, muss es auch bei den Berufsschulen zu finanziellen Verbesserungen kommen.

Mehr finanzielle Förderung

ARGE-Präsident Heinrich Gringel: „Wir setzen darauf, dass die hessischen Berufsschulen einen angemessenen Anteil der Mittel aus dem Digital-Pakt-Schule erhalten. Motivierte und qualifizierte Auszubildende, die in der Berufsschule digitale Produkte, Verfahren und Instrumente kennengelernt haben, haben eine wichtige Brückenfunktion, wenn sie diese in ihre Betriebe mitnehmen und einbringen.“

Wohnraum und Mindestausbildungsvergütung

Der DGB-Vorsitzende Michael Rudolph hebt hervor: „Berufsschulstandorte in der Fläche müssen erhalten werden. Eine zu weite Entfernung zwischen Wohnort und Berufsschule ist sowohl für die Auszubildenden als auch für die Betriebe unattraktiv und wird sich negativ auf die Zahl der Ausbildungsverhältnisse auswirken. Ein weiteres Problem sind steigende Mieten, gerade in den Ballungszentren. Hier können sich die meisten Auszubildenden weder ein Zimmer, noch eine Wohnung leisten. Deshalb brauchen wir mehr Azubi-Wohnheime in den Großstädten. Zudem reichen die Ausbildungsvergütungen oftmals nicht aus. Die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung ist überfällig.“

Fachkräftesicherung: Tariftreue- und Vergabegesetz novellieren

Nur mit flächendeckenden und starken Tarifverträgen könne es dem Wirt-

schaftsbereich Handwerk gelingen – in Konkurrenz zu Industrie und Handel – interessierte junge Menschen zu gewinnen und qualifizierte Fachkräfte zu halten. Der DGB setze hier auf die anstehende Novellierung des hessischen Tarif- treue- und Vergabegesetzes. Tarifbindung, die Ausbildung junger Menschen und Chancengleichheit müssten nach Ansicht des DGB künftig positive Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sein. Die Handwerksvertreter erhofften sich von dem Gesetz eine Verpflichtung der Kreise und Kommunen, nach der die dann erleichterten Vergabegrenzen angewandt werden müssten.

Integration von Geflüchteten und Geringqualifizierten

Präsident Gringel: „Hessische Handwerksbetriebe haben mit knapp 3.000 Personen aus den Hauptflüchtlingsstaaten einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Die Herausforderung ist nun, diese auch zu einer erfolgreichen Gesellenprüfung zu bringen.“ Das zentrale Kriterium sei dabei die Beherrschung der deutschen Sprache: „Nur mit ausreichendem Deutsch können die Auszubildenden dem Berufsschulunterricht folgen, eine Arbeitsanweisung lesen oder ein Kundengespräch führen. Hier braucht es zusätzliches Engagement von Land, Schulen und Betrieben.“

Berufseinstiegsbegleitung

Der DGB-Vize Sandro Witt lenkt den Blick auf die leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler: „Wir dürfen im Übergang von Schule zum Beruf niemanden zurücklassen. Für viele Jugendliche aus Förderschulen, Schulen mit inklusiver Beschulung und Schulen mit dem Bildungsgang Hauptschule, hat sich die Berufseinstiegsbegleitung als wichtige Unterstützung erwiesen. Die Bundesagentur für Arbeit ist bereit, ihren Anteil an der Finanzierung weiterhin zur Verfügung zu stellen. Jetzt ist das Land gefordert, diese sinnvolle Maßnahme weiterzuführen. Außerdem muss es uns gelingen, mit Programmen zur Ausbildungsbegleitenden Hilfe und zur Assistierten Ausbildung, möglichst jede Einzelne und jeden Einzelnen in ein gesichertes Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Die Menschen müssen gut von ihrer Arbeit leben können.“